

Ersteinst täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannstadtgasse 33.

Verantwortlicher Redaction:  
Donnerstag 10-12 Uhr.  
Nachmittags 4-6 Uhr.

Die die Kasse eingehenden Beleg-  
blätter macht sich die Redaction nicht  
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Belegblätter an Wochentagen bis  
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.

Die den Filialen für Prof. Annahme:  
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,  
Südliche Rathenauerstr. 16, p.  
mit bis 1/3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,200.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.,  
incl. Frangirgelder 5 Rthl.,  
durch die Post bezogen 6 Rthl.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegblätter 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 30 Pf.  
mit Postbefreiung 45 Pf.

Inserate 5 Gg. Zeitzeile 30 Pf.  
Größere Schriften laut unferem  
Preisverzeichnis. — Tabellarische  
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen nur dem Redactionsbureau  
die Spalte 40 Pf.

Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Wabst wird nicht  
gegeben. Abholung pränumerando  
oder durch Postvorschuß.

№ 286.

Freitag den 17. September 1880.

74. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

Den 22. September 1880, Nachmittags 3 Uhr

solten von dem Unterzeichneten in dem Auctionslocale des hiesigen königlichen Amtsgerichts eine Partie  
leine Möbel, 1 Harmonium, 1 sechsarmiger Kronleuchter, 1 große Mineralienammlung, sowie verschiedene  
andere Gegenstände öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.  
Leipzig, den 16. September 1880. Der Gerichtsvollzieher des königlichen Amtsgerichts.  
Steinbed.

## Bekanntmachung.

Seite 11

Herr Stadtrath Wilhelm Gustav Dietel,

nachdem derselbe durch das Stadtverordneten-Collegium zum besoldeten Stadtrath auf Lebenszeit gewählt  
worden, in Gemäßheit des §. 99 der Revidirten Städteordnung anderweit verpflichtet und in sein Amt ein-  
gewiesen worden.  
Leipzig, den 15. September 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi, Referent.

## Nationalliberale und Secessionisten.

Die Abtrünnigen der nationalliberalen Partei  
haben mit ihrem Hervortreten als eine selbst-  
ständige Parteigruppe nicht weniger als Mühe  
gebracht. Einmal bewegt sich das sog. „Mani-  
fest“ der Herren Forckenbeck, Damberger  
u. S. in sehr allgemein gehaltenen Redewendungen,  
welche keineswegs geeignet sind, die Massen hinzu-  
ziehen, und andererseits hat der mit dem Sece-  
sionismus umhüllte „Parteitag“ keine weitere Klar-  
heit über die Pläne der Partei gebracht. Wunder-  
barer Weise ist sogar in den Organen der  
Secession selbst ein heftiger Streit entbrannt, aus  
dem jedenfalls hervorgeht, daß die Beschlüsse vom  
8. September nicht veröffentlicht werden sollen.  
Unter diesen Umständen, schreibt die „National-  
liberale Correspondenz“, wird man sich ent-  
schließen müssen, auch ohne vorherige Lösung des  
Räthselns von der angeblichen Nothwendigkeit der  
Trennung, zu der vollzogenen Thatsache Stellung  
zu nehmen.

In einigen Blättern ist angedeutet worden,  
daß eine Versammlung der in den nationalliberalen  
Fraktionen des Reichstags und des preussischen  
Landtags Verbliebenen für die nächste Zeit beab-  
sichtigt werde. Und scheint für einen solchen Schritt  
hinein Veranlassung vorzuliegen. Es bedarf nicht  
erst der mündlichen Discussion unter den Fractions-  
genossen, um festzustellen, daß die Secessionisten  
einen sachlichen Grund für die Trennung nicht  
beibringen können; ja man kann annehmen, daß unter  
Denjenigen, welche die Vorgänge in den Fraktionen  
mit erlebt haben, über die wahren Ursachen der  
Secession — Ursachen, die der Außenstehende nur  
vermuthen kann — Uebereinstimmung herrschen  
wird! Für den Zweck einer gegenseitigen Auf-  
klärung wäre eine Abgeordnetenzusammenkunft also  
überflüssig. Als sehr erwünscht dagegen kann man  
eine Kundgebung gegenüber den Wählern be-  
trachten. Nach dieser Richtung hin dürfte aber  
eine eingehende Erörterung in engem Kreise einer  
auf wenige Sätze beschränkten allgemeinen Erklärung  
vorzuziehen sein. Der einzelne Abgeordnete wird  
zu erwägen haben, inwieweit eine solche Erörte-  
rung in seinem Wahlkreise ein Bedürfnis ist. Da-  
neben empfiehlt es sich, provinzielle Versamm-  
lungen zu veranstalten, wie dies z. B. in Han-  
nover bereits geschah ist. Jedenfalls ist klar,  
daß gänzliches Schweigen von unserer Seite ein  
Fehler wäre. Die Secessionisten mögen ihren  
Schritt erklären, wie sie wollen, die unerbittliche  
Logik zwingt sie, ihre in dem alten Parteibe-  
stande zurückgelassenen bisherigen Sece-  
sionisten als Abtrünnige darzustellen!

Daß diese Anschauung bei den Führern der  
Secession bereits Platz greift, beweisen die An-  
sicherungen der „Liberalen Correspondenz“,  
eines von Dr. Kalkstein redigirten Blattes der  
neuen Gruppe. Es wird da verübelt, daß  
eine Partei (die Nationalliberalen),  
welche nicht mehr von der Einheit poli-  
tischer Denkart getragen wird, auf der  
allein ihre Berechtigung und ihr Ein-  
fluß beruht, keine Partei mehr ist.“  
Dann schreibt das genannte Parteiblatt weiter:

„Es ist ein höchst interessantes — so lassen sich  
die Zähler der vollendeten Thatsache vernachlässigen —  
die Zahl der vorhandenen Fraktionen und Fractions-  
gruppen nach um eine neue zu vermehren.“ Wenn es sich  
nur um eine kleine Fraktion mehr handelte, so müßten  
die Zähler vielleicht Recht haben: es gibt aber Größeres  
und Höheres auf dem Spiel. Es handelt sich darum,  
ob man über Grundzüge ebenso unbedingten  
Compromisse schließen soll, wie über Maß-  
regeln, ob die Politik der Liberalen nicht weiter  
als das Heilighen mit der Regierung bedeutet  
oder ob sie unverschieblich, von ständigen Voraus-  
setzungen getragene Gesetze für das Verhalten der  
Einzelnen in der Gemeinde und im Staate fordert.  
Die Spaltung innerhalb der nationalliberalen Partei  
bedeutet übrigens nicht von gestern. Vor bereits  
2 Jahren kündigte sie sich zuerst in der Zoll- und  
Wirtschaftspolitik an. Seitdem erweiterte sich der  
Riß zwischen denjenigen, welche die wirtschaftliche  
Freiheit für untrennbar von der politischen halten,  
und denen, welche nur zu geneigt sind, den  
verschiedenen Sinnesänderungen des Reichs-

langlers zu folgen. Neuerdings aber hat die  
Stellung der wenn auch geringen Mehrheit zu dem  
kirchenpolitischen Gesetze, dessen Ausführung einem  
Ministerium Puttkamer anvertraut ist ein fernerer  
Verweilen in demselben Lager für diejenigen Mit-  
glieder der Partei unmöglich gemacht, welche eine  
Unterordnung der Ehre und Würde des deutschen  
Volkes unter den Willen Rom's selbst in sich  
minder wichtigen Punkten entschieden zurückweisen.  
Ein Schritt weiter auf dieser schiefen Ebene der  
Compromisse über Principien würde die freibüchlichen  
und nationalen Grundgesetze der Zeit von 1866  
bis 1877 in Frage stellen. Darum bezeichnen wir  
den Austritt als einen Act sittlicher und  
politischer Nothwendigkeit. Die Austrittenden  
verwerfen die Connivenz- und Opportunitäts-  
politik ihrer bisherigen Genossen, sie wollen die liberalen  
Kräfte in deutschen Volk zusammenfassen und so-  
möglich einen gemeinsamen Boden schaffen, auf  
welchem ihre bisher vielfach gespaltenen Freunde und  
Anhänger sich vereinigen können. Sie fassen als  
letztes und unüberwindliches Ziel die Bildung  
einer großen und mächtigen Partei ins  
Auge, welche den vereinigten Conservativen  
nicht allein an politischer Einsicht und  
Thätigkeit, sondern auch an Zahl überlegen  
sein muß.

Wir lassen das secessionistische Blatt gern bei seiner  
„sittlichen und politischen“ Nothwendigkeit, mit welcher  
die Spaltung der liberalen Partei herbeigeführt wurde,  
und bei dem Zukunftsstraume, einer großen und  
mächtigen liberalen Partei, deren Krystallisations-  
punkt ein Idealpolitiker wie Kalkstein ist. Ja,  
wir sind auch noch viel heftiger angegriffen!  
Thut man doch, als sei Herr v. Bennig-  
sen entschlossen, eine der Regierung un-  
bedingte ergeben, auf alle Fälle berechnete feste  
Coalition zwischen Nationalliberalen und  
Conservativen herzustellen, ein Coalition, in  
welcher die Nationalliberalen sich jedem reac-  
tionären Verlangen beugen würden, wenn nur  
dadurch die Vereinigung der Conservativen mit  
den Liberalen verhindert würde!

So lange derartige Insinuationen lediglich  
von der fortschrittlichen Presse betrieben  
wurden, mochte man sie getrost ignoriren; wenn  
sie heute aber von Regierungsorganen aufgenommen  
werden, welche noch gestern die Fahne der  
nationalliberalen Partei getragen, so muß  
unter den Wählern die größte Verwirrung ent-  
stehen, sofern nicht von unserer Seite eine ent-  
scheidende Abwehr erfolgt. Es gilt zu zeigen,  
daß die nationalliberale Partei un-  
verändert auf dem alten Boden steht,  
daß sie auf diesem Boden zu positivem Wirken  
auch ferner bereit, daß sie andererseits aber ent-  
schlossen ist, jedem Versuch, das auf demselben  
Gewonnene umzuwälzen, fest entgegen zu treten!

Das ist es, was unser Erachten die national-  
liberale Partei der Secession gegenüber zunächst  
zu thun hat. Im Uebrigen kann sie die Dinge  
ruhig an sich herankommen lassen. Man hat ge-  
sagt, die Secession wolle „Frieden unter den  
Liberalen“. Hier fragt es sich, ob die National-  
liberalen überhaupt noch zu den Liberalen  
rechnen. Thäte sie es, so würde sie damit selbst  
die sachliche Nothwendigkeit der Trennung wider-  
legen. Man kann daher leicht auf die Vermuthung  
kommen, daß mit den Liberalen, unter denen „Frie-  
den“ sein soll, nur Secessionisten und Fort-  
schrittspartei gemeint seien. Dem würde die  
Redung entsprechen, daß man am 8. September  
beschlossen oder wenigstens sich dahin ausgesprochen  
habe, bei den Wahlen mit der Fortschritt-  
partei gegen alle weiter rechts stehenden Can-  
didaten zusammenzugehen — eine Redung, der,  
während Anderes ausdrücklich dementirt wurde,  
bezeichnenderweise nicht widersprochen worden ist!  
Die nationalliberale Partei hat also nach unserer  
Meinung allen Grund, vor diesem fortschrittlich  
angehauchten Normalliberalismus auf der Hut  
zu sein!

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 16. September.

Der Telegraph brachte uns gestern eine sehr  
überraschende Kunde, welche einem bisher bestan-  
denen unfertigen Zustande endlich ein Ende macht.

Die bei dem hiesigen Reichshaus in den Monaten September, October, November und December 1879  
verkauften und erneuerten Pfänder, die weder zur Verfallzeit noch bis jetzt eingelöst worden sind, auch nicht  
bis zum 30. September s. c. eingelöst werden, sollen den 1. November d. J. und folgende Tage im  
Barterlocale des Reichshauses öffentlich versteigert werden.

Es können daher die in den genannten Monaten verkauften Pfänder nach dem 30. September d. J.  
und spätestens am 6. October d. J. nur unter Mitwirkung der Auctionslokalen von 4 Pfennigen von  
jeder Mark des Darlehns eingelöst oder nach Befinden erneuert werden, vom 7. October d. J. an,  
an welchem Tage der Auctionscatalog geschlossen wird, kann lediglich die Einlösung derselben unter Mit-  
wirkung der Auctionslokalen von 4 Pfennigen von jeder Mark der ganzen Forderung des Reichshauses  
stattfinden und zwar nur bis zum 28. October d. J., von welchem Tage an Auctionspfänder un-  
widerruflich weder eingelöst noch prolongirt werden können.

Es hat also vom 29. October d. J. an Niemand mehr das Recht, die Einlösung solcher Pfänder zu  
verlangen und können dieselben daher von den Eigenthümern nur auf dem gewöhnlichen Wege des Erlöbens  
wieder erlangt werden.

Dagegen nimmt das Geschäft des EinlöSENS und Verlebens anderer Pfänder während der Auction in  
den gewöhnlichen Localen seinen ungestörten Fortgang.  
Leipzig, den 15. September 1880. Des Reichs Deputation für Reichthaus und Sparcasse.

Mit dem im preussischen „Staatsanzeiger“ ver-  
öffentlichten Ministererennungen ist die  
durch den Rücktritt des Ministers Hofmann  
entstandene Lücke bis auf Weiteres beseitigt. Als  
Staatssecretair des Innern im Reich hat Herr  
Hofmann, wie seit einiger Zeit gerüchweise be-  
kannt war, den Oberpräsidenten von Böhmen,  
als Minister für Handel und Gewerbe niemand  
Geringeren als den Reichskanzler Fürst Bismarck  
selbst zum Nachfolger. Ob der Reichskanzler die-  
sen Posten dauernd zu bekleiden gedenkt und von  
welchen Motiven er sich bei Uebnahme eines  
seiner gewohnten Wirkungskreise so fernliegenden  
und durch die jüngsten Resortveränderungen in  
seiner Bedeutung so sehr geschwächten Amtes leiten  
ließ, ist einstweilen noch keineswegs ganz durch-  
sichtig. Das aber wird man aus diesen Er-  
nennungen wohl entnehmen dürfen, daß der  
Reichskanzler den schwebenden Fragen der  
Steuer-, Handels- und Gewerbepolitik seine selbst-  
thätige Theilnahme in Zukunft in noch erhöhtem  
Maße zuwenden gedenkt. Daraus deutet die  
Wahl eines an der neuen wirtschaftlichen Poli-  
tik des Reichskanzlers in so hervorragendem  
Maße beteiligten und ihm so durchaus ergebenen  
Mannes wie des Herrn v. Bötticher; daraus  
deutet der Entschluß des Reichskanzlers, seine  
Arbeitslast noch mit der, wenn auch vielleicht nur  
vorübergehenden Uebnahme eines neuen preus-  
sischen Specialresorts zu vermehren. Ohne mancher-  
lei Besorgnisse wird man die Kunde von dieser  
Lösung der Krise auf einem zur Zeit so überaus  
wichtigen politischen Gebiet nicht vernachlässigen.  
Zur Sache wird uns noch aus Berlin geschrieben:

Wenn aus der Umgebung des Fürsten Bismarck  
gerüchweise verlautet, daß Derselbe keineswegs  
genossen sei, das ihm nach Hofmann's Entlassung  
zeitweilig übertragene Handelsresort wieder abzugeben,  
so hielt man eine solche Möglichkeit allgemein für  
ausgeschlossen durch die Schwierigkeiten der Resor-  
tübernahme, von denen jedes einzelne schon eine mehr  
als gewöhnliche Arbeitslast in Anspruch nimmt.  
Wer noch daran zweifeln mochte, daß neben den  
Steuerfragen diejenigen der „Reform“ der Gewerbe-  
gesetzgebung den wesentlichen Inhalt der nächsten  
Reichstagsession bilden werden, den kann der Ein-  
tritt des Reichskanzlers in das Ressort für Handel  
und Gewerbe eines Besseren belehren. Die Reform  
des gewerblichen Cassenwesens, die Revision der  
Gewerbeordnung, im Sinne der Errichtung von Innungen,  
die eventuelle Revision des Freigewerkegesetzes, alle  
diese Materien stehen auf dem conservativen Programm  
mit in erster Reihe, und der Reichskanzler ist nicht  
gemeint, ihre Ausführung lau zu betreiben oder durch  
das Dazwischentreten eines anderen Willens in einem  
von seiner Ablicht abweichenden Geiste auszuführen zu  
lassen. Man darf mit Sicherheit darauf rechnen, daß  
die Bewegung, welche durch Deibitz's Rücktritt  
eingeleitet wurde, welche der Minister Hofmann  
nicht nach Wunsch und Willen seines Auftraggebers  
fördern konnte oder besser fördern wollte, jetzt mit  
aller Energie von dem leitenden Staatsmann selber  
in die ihm geeignet erscheinenden Bahnen geführt  
werde. Damit steht durchaus im Einklang, was von dem  
Reichskanzlers Stellung zu dem Gesetzentwurf betreffend  
die Anzeigepflicht von Unglücksfällen in Fabriken,  
ferner zu der Unfallversicherung und der Erweiterung  
der Dampfkraft verlautet. Es sind diese Pläne be-  
kanntlich neuerdings ins Ungeheirliche gehend, aber nicht,  
wie es hieß, weil Fürst Bismarck ihrer Durchführung  
widerstrebt, sondern weil er deren völlige Umarbe-  
itung für nöthig hält. In der Person des neuen  
Staatssecretärs des Innern, von Bötticher, steht dem  
Reichskanzler jedenfalls ein Mann zur Seite, auf  
dessen bereitwillige Unterstützung und Unterstüzung er  
unbedingt rechnen kann.

Die nationalliberale Bewegung in der  
Provinz Hannover läßt an Ethigkeit und  
Stärke nichts zu wünschen übrig. Gleichgültig  
ist der Einfluß Bennigsen's im Lande ein so  
bedeutender, daß die Secession dort nicht auf-  
kommen kann. Fortschritt und Demokratie  
benutzen natürlich diese Gelegenheit, um an dem  
Führer der nationalliberalen Partei ihr Mithing  
zu tüpfeln und Bennigsen zum „Besaghten“  
Ranne zu machen. In diesem Sinne schreibt  
dann auch das Organ des Herrn Sonnemann,  
die „Frankfurter Zeitung“:

Das plötzliche und entschiedene Auftreten Ben-  
nigsen's gegen die Secessionisten scheint den  
linksliberalen Hannoveranern, sofern sie etwa  
Luft gehabt haben, der Gruppe Forckenbeck-  
Stauffenberg-Richter beizutreten, diese Luft gänzlich benommen  
zu haben. Der „allverehrte Führer“, auf den, wie  
und nationalliberale Blätter belehren, sogar Bismarck  
und die Welsen stolz sind, hat seine Betreuen  
nach Hannover beschieden, um sich vor verarmtem  
Kriegsvolk die Tabellenscheit seines Liberalismus be-  
scheinen zu lassen und ein Anathema gegen die  
Secession zu erwirken. Die dem linken Flügel der  
Partei anhängenden Elemente, die sich anfangs in  
der „Befreiung“ sehr vernehmlich hören  
ließen, erschrecken jetzt vor den Folgen der Bennig-  
sen'schen Ungnade und sinnen auf den Rückzug,  
der in der „Befreiung“ folgendermaßen motivirt  
wird:

Förmliche Gegenvereine bilden, hiesie lediglich  
den Nennungen in die Hände arbeiten; aus den Ver-  
einen aufzuheben, heißt sich des Haupttheils der  
Wirksamkeit berauben. Wie die Dinge daher zur  
Zeit liegen, wird in Hannover eine entscheidende  
Erklärung zu Gunsten der Secession auch von  
vielen, die durchaus den Standpunkt der Unge-  
schiedenen theilen und eventuell bei entscheidenden  
Abstimmungen mit diesen gehen würden, doch  
schwerlich zu erwarten sein. Namentlich die deno-  
trische Parteiverammlung wird, da in der Vor-  
besprechung auch die entschieden nach links neigen-  
den Elemente sich bereits bestimmt gegen die Se-  
cession erklärt haben und der Grundriss dieser ein-  
stimmigen Erklärung von erheblichem Einfluß sein  
wird, wesentlich nur von solchen Personen besetzt  
werden, die von vornherein entschlossen sind, einer  
Resolution gegen den Austritt sich in vollem Maße  
anzuschließen.

Aber innerhalb der nationalliberalen Partei sollen  
bei der Beratung der zu erwartenden Gesetzentwürfe  
die „liberalen Principien“ zur Geltung gebracht  
werden. Daß Herr v. Bennigsen diesen Entschluß  
sonderlich fürchten werde, dürften die muthigen  
Herren selbst nicht glauben.

Die Gestaltung der Verhältnisse im Reichs-  
lande nimmt ein ungewöhnliches Interesse in  
Anspruch. Wird Herr v. Mantuffel auf der  
einen Seite gelobt, andererseits wieder getadelt, so  
steht doch fest, daß sich der Verwaltung des Landes  
ganz besondere Schwierigkeiten entgegenstellen.  
Uebrigens wird der Staatsrath von Cassel-  
Lothringen am 6. October, der Landesaus-  
schuß Mitte November zusammentreten. In der  
letzteren Körperschaft dürften die von deutschen  
Beamten ausgehenden Beschwerden gegen das  
Regiment des Statthalters zur Sprache kommen.  
In Bezug auf dieselben glaubt die „W. Z.“ einer  
Stroßburger Correspondenz des Herrn „Lund“  
Raum geben zu sollen, welche im Wesentlichen die  
betreffenden Verhältnisse wie folgt darstellt: „Was  
die Blätter über den Massenabzug der deutschen  
Beamten nach der Heimath schreiben, ist höchst  
Gerede und thut die dabei landesüblichen Berg-  
ergüsse über die Mantuffel'sche Verwaltung nicht  
als Gradmesser für die Stimmung der deutschen  
Landesbeamten angesehen werden, da sie nur das  
Product einiger Unzufriedenen (deren es ja überall  
gibt) sind, die entweder persönlich irgendwelche un-  
angenehm getroffen wurden oder sich in ihren  
übertriebenen Hoffnungen getäuscht haben und  
welche die Landesverwaltung herzlich gern wieder  
freigäbe, wenn sie von ihrem Heimathlande —  
ohne Einbuße an Rang und Gehalt — nur wieder  
übernommen würden.“ Die „W. Z.“ erhebt zwei  
Beschwerden aus dem Lande, welche sich im Wesent-  
lichen dahin äußern:

Das ist meine Uebersetzung: diejenige hohere Ge-  
sellschaftsklasse des Reichslandes wird immer mehr  
für die neuen Verhältnisse gewonnen und unserm  
Vollstimm gewinnbringend werden können. Jeder der-  
artige Verlust wird schmerzen, jedes Entgegenkommen  
als Schaden betrachtet und zu unserem Nachtheil  
angesehen werden. So viel hinsichtlich das und  
sindern Panismus gegenüber kommt nur Gerech-  
tigkeit und Stärke. Es muß diesen Menschen deut-  
lich gemacht werden, daß sie auf deutschem Boden leben  
und daß während meines Aufenthalts mehrfach mit  
deutschen Beamten in den verschiedensten Stellungen  
verkehrt und aus ihrem Munde übereinstimmend das-  
selbe Urtheil gehört. Keiner erklärte sich für das  
jetzige System, alle hielten die Nachsichtigkeit gegen  
den Landesausschuß, welcher sich nachgerade zum  
Herrn des Landes aufwirft, und gegen den fast-